GEWERKSCHAFT
DER JOURNALISTINNEN
UND JOURNALISTEN

DEUTSCHER
JOURNALISTEN-
VERBAND

Dokumentation des DJV-Verbandstags 2010

8. bis 10. November 2010 in Essen

Beschlüsse/Wahlergebnisse

Dokumentiert werden die Beschlüsse des Verbandstags 2010. Sie geben die inhaltliche Arbeit der Delegierten in Essen wieder.

B – PRESSEFREIHEIT

Änderungsantrag: 1 zu B 1 und B 2
Antragsteller: DJV-Landesverbände Bayern, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und NRW
Betr.: Freier Zugang für Journalisten
Beschluss: Annahme

Die Politik auf Bundes- und Landesebene wird aufgefordert, die Pressefreiheit durch folgende Maßnahmen zu stärken:
- Regelanfragen bei Landeskriminalämtern, Bundeskriminalamt oder Verfassungsschutz sind keine Bedingung für eine Akkreditierung bei Großveranstaltungen.
- Zugangsverbote oder Einschränkungen der Berufsausübungsfreiheit der Journalisten bei öffentlichen Veranstaltungen sind nicht statthaft.

Änderungsantrag: 1 zu B 1 bis B 8
Antragsteller: DJV-Landesverbände Bayern, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und NRW
Betr.: Informantenschutz stärken
Beschluss: Annahme

A) Der Bundesvorstand wird aufgefordert, sich in der europäischen Gesetzgebung nachdrücklich für eine Aufhebung der EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung einzusetzen.

B) Der Bundesvorstand wird des weiteren aufgefordert, sich in der Bundesgesetzgebung nachdrücklich dafür einzusetzen, dass

1) Journalistinnen und Journalisten sich nicht wegen Beihilfe oder Anstiftung zum Geheimnisverrat strafbar machen, wenn sie zugespieltes Material veröffentlichen. Der DJV begrüßt ausdrücklich einen entsprechenden Gesetzentwurf aus dem Bundesjustizministerium.

2) Journalistinnen und Journalisten als Berufsgeheimnisträger mit Geistlichen, Strafverteidigern, Rechtsanwälten und Abgeordneten gleichgestellt werden und zukünftig demselben Erhebungs- und Verwertungsverbot hinsichtlich aller strafprozessualer Ermittlungsmaßnahmen unterliegen wie diese Berufsgeheimnisträger.

3) auf eine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung verzichtet wird.

Antrag: B 9
Antragsteller: Bayerischer Journalisten-Verband / DJV-Landesverband Sachsen
Betr.: Investigativen Journalismus und dessen Quellen besser vor Strafverfolgung schützen
Beschluss: Überweisung an den Gesamtvorstand

Der DJV-Bundesvorstand wird beauftragt, sich bei der Bundesjustizministerin für einen stärkeren Schutz des investigativen Journalismus einzusetzen. Es kann nicht hingenommen werden, dass der Informantenschutz durch staatsanwaltschaftliche Ermittlungen ausgehebelt wird. Gegebenenfalls ist an einen pressespezifischen Sonderrechtfertigungsgrund zu denken, wie er bereits in Artikel 3 Abs. 3 Landespressegesetz Bayern normiert ist.

C – MEDIENPOLITIK

Antrag: **C 1**
Antragsteller: **DJV-Landesverband Baden-Württemberg**
Betr.: **Innere Pressefreiheit**
Beschluss: **Annahme**

Freiheit der Redakteure wagen - die Demokratie sichern.
Der Deutsche Journalisten-Verband startet eine bundesweite Kampagne zur inneren Freiheit der Presse, um die zunehmende Beeinflussung und Bevormundung der Presse durch Außenstehende, vor allem wirtschaftlicher Machtgruppen über die Verlage zu stoppen. Zu verteidigen ist die innere Unabhängigkeit der Redaktionen, um die Presse als Organ der öffentlichen Meinung zu sichern und den Redakteur vor Gesinnungszwang bei einem Wechsel der grundsätzlichen Haltung eines Mediums zu schützen.

- In den Betrieben werden Redaktionsstatute zur so genannten inneren Pressefreiheit eingerichtet. Über eine Redaktionsvertretung sind auch Mitbestimmungsbefugnisse bei personellen und sozialen Entscheidungen einzuräumen. Diese Mitarbeitervertretungen sind derzeit wohl gesetzlich nicht vorgesehen, aber auch nicht ausgeschlossen, sie erhalten keine betriebsverfassungsrechtliche Kompetenz.
- Die Landesregierungen werden aufgefordert, die Sicherung der inneren Freiheit der Presse als Redaktionsstatute in den Landespressegesetzen, in den Landesmediengesetzen, in den Rundfunkgesetzen oder in den Staatsverträgen für den Rundfunk zu verankern.

Antrag: **C 2**
Antragsteller: **Fachausschuss Rundfunk**
Betr.: **Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks**
Beschluss: **Annahme**

Der DJV fordert die gesetzliche Regelung einer stabilen Finanzierungsgrundlage des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

- Das bisherige Finanzvolumen durch Gebührenaufkommen darf bei der Umstellung von der gerätebezogenen Gebühr auf den Haushaltsbeitrag nicht geschmälert werden.
- Die Länder werden aufgefordert, einen Stufenplan für den Ausstieg der öffentlich-rechtlichen Sender aus Werbung und Sponsoring - zunächst im Fernsehen und später auch im Hörfunk – zu entwickeln. Die auf diese Weise entstehenden finanziellen Einbußen müssen durch eine entsprechende Ausgestaltung des Haushaltsbeitrags ausgeglichen werden.
- Zudem ist dabei zugunsten der Rundfunkanstalten ein Ausgleich für fehlende Gebühren von Empfängern von Hilfen zum Lebensunterhalt etc. vorzusehen.
- Die kontinuierlichen Steigerungen der Kosten für die Erstellung der öffentlich-rechtlichen Programme müssen durch regelmäßige Anhebungen des Haushaltsbeitrags nach dem Index der rundfunkspezifischen Teuerungsrate ausgeglichen werden. Dabei sind die Interessen des ZDF zu berücksichtigen.
- Die ARD wird aufgefordert, mit der Einführung des Haushaltsbeitrags ein Modell für einen gerechten Finanzausgleich unter den neun Landesrundfunkanstalten zu entwickeln bzw. neue Strukturen zu schaffen, mit denen die Finanzprobleme der kleineren Anstalten überwunden werden können. Es muss sichergestellt sein, dass alle Landesrundfunkanstalten ihren Programmauftrag erfüllen können.
- Die Finanzierung der Deutschen Welle durch den Bund muss der Aufgabenstellung nach dem DW-Gesetz angepasst und entsprechend erhöht werden.

Antrag: **C 4**
Antragsteller: **Fachausschuss Rundfunk**
Betr.: **Stabilisierung der Information im privaten Rundfunk**
Beschluss: **Annahme**

Der DJV fordert die Länder auf, nicht nur bei der Lizenzerteilung sicher zu stellen, dass gesellschaftspolitisch notwendige Inhalte, vor allem Informationen, auch im privaten Rundfunk gewährleistet sind. Diese gesetzliche Auflage muss auch bei Änderungen von Programmstrukturen eines Senders weiterhin erfüllt werden. Der DJV fordert die Länder in diesem Zusammenhang auf, jene Rundfunkveranstalter, die sich dieser Verantwortung stellen und Informationsformate senden, ordnungspolitisch zu unterstützen und zu fördern.

Antrag: **C 5**
Antragsteller: **DJV-Landesverband Baden-Württemberg**
Betr.: **Verweildauer im Netz**
Beschluss: **Annahme in folgender Fassung**

Der Deutsche Journalisten-Verband lehnt die Festlegung von eingeschränkten Veröffentlichungszeiten bei den öffentlich-rechtlichen Online-Angeboten ab. Diese Zeiten entsprechen nicht journalistisch-redaktionellen Kriterien. Sie werden nach dem 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag von den Rundfunkräten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten bestimmt. Der DJV fordert eine unbefristete Veröffentlichung und Archivierung der informationellen und fiktionalen Inhalte unter Berücksichtigung der Rechte der Urheber.

Antrag: **C 7**
Antragsteller: **Bayerischer Journalisten-Verband**
Betr.: **Google-Streetview**
Beschluss: **Annahme**

Der DJV fordert die Bundesregierung und den Bundesrat auf, bei einer gesetzlichen Regelung zu Google Street-View die Rechte der Bildjournalisten in vollem Umfang zu wahren. Sollte es zu einem Verbot der bildlichen Erfassung von Häusern, Passanten oder Straßenzügen kommen, muss durch Ausnahmeregelungen sichergestellt werden, dass die freie Berufsausübung von Bildjournalisten und die Pressefreiheit nicht gefährdet werden.

Antrag: **C 8**
Antragsteller: **Bayerischer Journalisten-Verband**
Betr.: **Änderung des Telemedien-Gesetzes**
Beschluss: **Annahme**

Der Deutsche Journalistenverband wird aufgefordert, politisch darauf hinzuwirken, dass § 7 Abs. 2 TMG durch einen neuen Satz 2 wie folgt ergänzt wird:
„Im Falle ausreichend glaubhaft gemachter Schadensersatzansprüche Dritter, die durch das rechtswidrige Einstellen fremder Informationen durch einen Nutzer entstanden sind, hat der Diensteanbieter auf Antrag des Geschädigten dem Antragsstellenden unverzüglich die Nutzerdaten des Schadensverursachers herauszugeben“.

Antrag: **C 12**
Antragsteller: **Bayerischer Journalisten-Verband**
Betr.: **Akkreditierung zur Ski-WM 2011**
Beschluss: **Annahme**

Der Deutsche Journalisten-Verband fordert die Veranstalter der Skiweltmeisterschaft 2011 in Garmisch-Partenkirchen auf, unverzüglich auf den für eine Akkreditierung zur Bedingung gemachten Sicherheitscheck durch Polizei und Verfassungsschutz zu verzichten. Auch die Überprüfung der Daten

ausländischer Journalisten durch den Bundesnachrichtendienst als Voraussetzung für die Zulassung zur Berichterstattung sollte eingestellt werden.

Antrag: **C 13**
Antragsteller: **Fachausschuss Freie**
Betr.: **Zutritt gegen Vorlage des Presseausweises**
Beschluss: **Annahme**

Der DJV fordert alle Veranstalter auf, Journalisten gegen Vorlage eines von DJV, dju, BDZV, Freelens, Verband Deutscher Sportjournalisten oder VDZ ausgestellten Presseausweises zum Zwecke der Berichterstattung Zutritt zu gewähren, ohne dass zusätzlich ein Redaktionsauftrag vorzulegen ist.

Antrag: **C 14**
Antragsteller: **DJV-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern**
Betr.: **Verhältnis Medien/Polizei**
Beschluss: **Annahme**

Der DJV-Bundesvorstand wird aufgefordert, eine Aktualisierung der mit der Innenministerkonferenz der Länder 1993 vereinbarten „Verhaltensgrundsätze Presse/Polizei“ zu verhandeln.

Antrag: **C 15**
Antragsteller: **DJV-Landesverband Niedersachsen**
Betr.: **Redaktionell gestaltete Werbung**
Beschluss: **Annahme**

Der DJV kritisiert die weiter zunehmende Vermischung von redaktionellen Inhalten mit Werbeanzeigen. Der DJV-Bundesvorstand startet zusammen mit den DJV-Landesverbänden eine Initiative in allen Bundesländern mit dem Ziel, die in den jeweiligen Pressegesetzen vorgesehene Geldbuße für Verstöße gegen die Kennzeichnungspflicht auf mindestens 50.000 Euro heraufzusetzen.

Antrag: **C 16**
Antragsteller: **DJV-Landesverband Baden-Württemberg**
Betr.: **Abschaffung Tendenzschutz**
Beschluss: **Annahme**

Der Deutsche Journalisten-Verband fordert die Abschaffung des § 118 Betriebsverfassungsgesetz. Er verleiht seiner langjährigen Forderung jetzt mit Aktionen in allen Bundesländern Nachdruck. Die Verweigerung sozialer Rechte und Mitbestimmungsrechte in privaten Medienbetrieben und im privaten Rundfunk ist einmalig.

Antrag: **C 18**
Antragsteller: **DJV-Landesverband Brandenburg**
Betr.: **DJV verurteilt Zensurversuche der Stadt Duisburg**
Beschluss: **Annahme in folgender Fassung**

Der DJV verurteilt den Versuch der Stadt Duisburg, die Journalisten des Blogs „Xtra-News“ an der Veröffentlichung von Unterlagen zum Unglück bei der „Love-Parade“ durch eine auf ein angebliches Urheberrecht gestützte Einstweilige Verfügung zu hindern.

Antrag: **C 20**
Antragsteller: **DJV-Landesverband Brandenburg**
Betr.: **Islamische Organisationen müssen Meinungs- und Pressefreiheit anerkennen**
Beschluss: **Annahme in folgender Fassung**

Der DJV fordert die in Deutschland tätigen religiösen Organisationen auf, sich – sofern noch nicht geschehen – unzweideutig den Werten des Grundgesetzes und damit der Meinungs- und Pressefreiheit

zu unterwerfen, die Vorrang vor allen religiösen Ansichten haben. Kritische journalistische Berichterstattung und kommentierende Auseinandersetzung mit Religion, religiösen Organisationen und religiös begründeten Praktiken gehören zum Kern der Medienrechte, denen der DJV verpflichtet ist.

Antrag: **C 28**
Antragsteller: **DJV-Landesverband Brandenburg**
Betr.: **Panoramafreiheit verteidigen**
Beschluss: **Annahme in folgender Fassung**

Der DJV-Bundesvorstand mahnt bei den politisch Verantwortlichen die gesetzliche Klarstellung der Panoramafreiheit an und erstattet Bericht über die Fortschritte in dieser Sache.

D – TARIFPOLITIK

Antrag: **D 1**
Antragsteller: **DJV-Bundesvorstand**
Betr.: **Tarifarbeit**
Beschluss: **Überweisung an den Gesamtvorstand**

Die Ziele der Tarifpolitik des DJV für die nächsten Jahre sind:

- Der Erhalt von redaktionellen Arbeitsplätzen und des Auftragsvolumens für Freie zu tariflichen/allgemein-verbindlichen Bedingungen *hat besonderes Gewicht.*
- Die Flächentarifverträge mit BDZV und VDZ werden weiter entwickelt und stabilisiert.
- Insbesondere die Tarifverträge zur Altersversorgung werden mindestens auf dem aktuellen Niveau behauptet, möglichst dynamisiert.
- Die Arbeitsverdichtung in den Redaktionen wird reduziert.
- Innerhalb des bestehenden Systems geben die Flächen-Tarifwerke einen unabdingbaren Rahmen vor. Durch definierte Module entsteht Spielraum für die Anpassung an betriebliche Gegebenheiten und Belegschaftswünsche.
- Die Gehaltsgruppen im GTV werden wieder genutzt.
- Der Anspruch auf berufsbezogene Weiterbildung wird tarifvertraglich vereinbart.
- Die Gemeinsamen Vergütungsregeln werden um Foto-Honorare bei Zeitungen ergänzt und auch für Zeitschriften vereinbart; sie werden insgesamt etabliert und schrittweise materiell verbessert.
- Nicht tarifgebundene Verlage werden in auf den Einzelfall angepassten Verhandlungen in den Tarif zurückgeführt.
- Im öffentlich-rechtlichen Rundfunk werden die Tarifstandards für Angestellte und arbeitnehmerähnliche Freie behauptet.
- Im privaten Rundfunk werden die bestehenden Tarifwerke TPR und Lokalfunk NRW stabilisiert. Landes- und bundesweite Sender werden durch auf den Einzelfall angepasste Verhandlungen für den TPR (zurück)gewonnen.
- Der Bundesvorstand legt dem Gesamtvorstand den Entwurf eines MTV mit einem festen Rahmen und Modulen vor, die in der Summe ihrer Bestandteile zusammen weiter 100% des MTV-Pakets für jede/n Redakteur/in ausmachen; dabei bleiben die Altersversorgung, die Kündigungsfristen und die Gehaltsfortzahlung bei Krankheit unverändert.
- Ein Regelungskorridor wird innerhalb der einzelnen Elemente eingeführt für Urlaub (z. B. 30 - 40 Tage), Urlaubsgeld (z. B. 50 - 100%), Jahresleistung (z. B. 50 - 100%) und unter der Voraussetzung verbindlicher Zeiterfassung die Arbeitszeit (z. B. Korridor 35 - 40); Muster für Haustarifverträge und Betriebsvereinbarungen ergänzen die Vorschläge.
- Der Bundesvorstand legt dem Gesamtvorstand den Entwurf für einen Qualifizierungstarifvertrag vor.

Antrag: **D 2**
Antragsteller: **DJV-Landesverband Baden-Württemberg**

Betr.: **Qualifizierungstarifvertrag**
Beschluss: **Annahme**

Der Gesamtvorstand des Bundesverbandes wird als Große Tarifkommission aufgefordert, mit den Printmedienunternehmensverbänden über einen eigenständigen Qualifizierungstarifvertrag zu verhandeln. Dabei soll die theoretische und praktische Berufsfortbildung (Qualifizierung) Verlag und Redaktion gleichermaßen verpflichten. Der Arbeitnehmer soll ein Anrecht auf mindestens zehn Arbeitstage Qualifizierungsmaßnahmen alle zwei Jahre erhalten, die Kosten sind vom Arbeitgeber zu tragen, Weiterbildungszeit wird wie Arbeitszeit behandelt. Die Fortbildung soll in der Festsetzung des Gehaltes (oder Honorierung), bei der Arbeits-, Verhaltens-, sowie Leistungsbeurteilung angemessen berücksichtigt werden.

Antrag: **D 4**
Antragsteller: **Bayerischer Journalisten-Verband**
Betr.: **Tarifverhandlungen Zeitschriften**
Beschluss: **Annahme**

Der Deutsche Journalistenverband fordert die Zeitschriftenverleger auf, ihre Blockadehaltung bei den laufenden Tarifverhandlungen aufzugeben und nicht nur auf eine Verschlechterung der derzeit geltenden Regelungen in MTV und GTV abzuzielen, sondern konstruktiv mit den Gewerkschaften über die zukünftigen Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen zu verhandeln.

Antrag: **D 6**
Antragsteller: **DJV-Landesverband NRW**
Betr.: **Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen**
Beschluss: **Annahme**

Der DJV fordert den Gesetzgeber auf, seine Vorbehalte gegen die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen fallen zu lassen und gesetzliche Initiativen zu ergreifen, die die Allgemeinverbindlichkeitserklärung für die Zukunft erleichtern.

Antrag: **D 7**
Antragsteller: **Bayerischer Journalisten-Verband**
Betr.: **Firmeninterne Leiharbeit**
Beschluss: **Annahme**

Der DJV appelliert an die Bundesregierung, in das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) eine zeitliche Beschränkung sowie einen Ausschluss der firmeninternen Leiharbeit aufzunehmen und so endlich dem Missbrauch der Leiharbeit einen Riegel vorzuschieben.

E – FREIE

Antrag: **E 1**
Antragsteller: **DJV-Bundesvorstand**
Betr.: **Interessenvertretung Freier**
Beschluss: **Annahme**

Die Doppelfunktion als Gewerkschaft und Berufsverband bleibt ein Markenzeichen des DJV. Der integrative Ansatz über Sparten-, Status- und Altersgruppen-Egoismen hinweg soll weiter genutzt werden, um neue tarifgebundene Mitglieder hinzuzugewinnen.
Dieses Bemühen um messbare Wertschätzung journalistischer Arbeit gilt auch dem Interesse jener angestellten und freien Journalistinnen und Journalisten, die – weil nicht tarifgebunden – nicht unmittelbar von der DJV-Tarifpolitik profitieren. Die Arbeit des DJV als Berufsverband betrifft die allgemeinen beruflichen Aspekte des Journalismus und wendet sich an alle Mitglieder.
Der DJV bietet als Vertretung der Freien folglich Service von der Existenzgründung über die Beratung in allen Fragen der Berufsausübung bis zur Absicherung im Alter.

Der DJV übernimmt folgende Aufgaben speziell für die Freien:

- Existenzgründungsberatung
- Vertragsberatung (Honorare/Urheberrechte/Versicherungen
- Abschluss gemeinsamer Vergütungsregeln
- Erhalt und Ausbau der Tarifverträge für arbeitnehmerähnliche Freie
- Durchsetzung vereinbarter Honorare
- Lobbyarbeit in der Gesetzgebung
- Eintreten für Erhalt von Mindeststandards
- Durchsetzung sozialer Absicherung in den Sozialversicherungszweigen
- Unterstützung von Freien-Räten
- Rechtsschutz in Auseinandersetzungen insbesondere mit Auftraggebern
- Organisierter Informations- und Erfahrungsaustausch via Internet

Antrag: **E 2**
Antragsteller: **DJV-Landesverband NRW**
Betr.: **Gemeinsame Vergütungsregeln für Freie an Tageszeitungen**
Beschluss: **Annahme**

Der DJV-Bundesvorstand wird aufgefordert, weitere geeignete Maßnahmen zu entwickeln und zu koordinieren, um die Vergütungsregeln bei freien und angestellten Kollegen besser bekannt zu machen und sie gegenüber den Verlegern durchzusetzen. Verlegern von Tageszeitungen muss deutlich gemacht werden, dass die Gemeinsamen Vergütungsregeln für freie hauptberufliche Journalistinnen und Journalisten allgemeinverbindlich und anzuwenden sind. Für freie Journalistinnen und Journalisten sollen Plattformen zur größeren Vernetzung und Bündelung ihrer Interessen geschaffen werden.
Die Gremienvertreter des DJV werden aufgefordert, in allen Verhandlungen mit Verlegern darauf zu drängen, dass die Honoraretats der Häuser den neuen Bedingungen angepasst und entsprechend erhöht werden.
Der Bundesvorstand wird ferner aufgefordert, die Vergütungsregeln so weiterzuentwickeln, dass sie auf Bezahlmodelle jenseits von Zeilen- und Einzelbildhonoraren anwendbar sind, Dies sollte auch bei Verhandlungen zu Bildhonoraren berücksichtigt werden, die im Januar 2011 wieder aufgenommen werden sollen.

Änderungsantrag: **1 zu E 4**
Antragsteller: **AG Freie**
Betr.: **Angemessenes Honorar/Vergütungsregeln**
Beschluss: **Annahme**

Der DJV fordert den Deutschen Bundestag auf, mit geeigneten Mitteln (z. B. einer Expertenanhörung) die Rechtspraxis im Urheberrecht zu prüfen und ggf. durch eine Reform der Paragrafen 32 ff UrhG dafür Sorge zu tragen, dass der Grundsatz der angemessenen Vergütung, den das Urhebervertragsrecht zusichert, endlich auch in der Praxis umgesetzt wird.

Antrag: **E 5**
Antragsteller: **DJV-Landesverband NRW**
Betr.: **Zeitschriften: Freie haben Anspruch auf Gemeinsame Vergütungsregeln**
Beschluss: **Annahme**

Der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) wird aufgefordert, die Verhandlungen über Gemeinsame Vergütungsregeln für freie Journalistinnen und Journalisten, die für Zeitschriften arbeiten, analog zu den Vergütungsregeln für Zeitungen bis Sommer 2011 abzuschließen.

Antrag: **E 6**
Antragsteller: **DJV-Landesverband NRW**

Betr.: WDR Freie: Tarifverträge sind einzuhalten
Beschluss: Annahme

Der Verbandstag des DJV fordert den Westdeutschen Rundfunk (WDR) auf, die Tarifverträge einzuhalten. Tarifliche Mindestvergütungen dürfen nicht unterlaufen werden. Spardruck darf nicht in widerrechtliche Auslegung des Tarifvertrags münden. Freie Journalisten/innen dürfen nicht in ihren verbrieften Rechten beeinträchtigt werden.

Antrag: E 7
Antragsteller: DJV-Landesverband Baden-Württemberg
Betr.: Honorare beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Beschluss: Annahme

Der Deutsche Journalisten-Verband fordert die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten auf, die Erstellung von Fotos und Videosequenzen per Handy oder Digitalkamera angemessen zu honorieren.

Antrag: E 8
Antragsteller: Fachausschuss Rundfunk
Betr.: Personalvertretungsgesetze
Beschluss: Annahme

Der DJV fordert den Bundestag und die Landtage auf, im Bundespersonalvertretungsgesetz und den Landespersonalvertretungsgesetzen (wo noch nicht vorhanden) das aktive und passive Wahlrecht für arbeitnehmerähnliche Beschäftigte zu verankern.

Antrag: E 9
Antragsteller: DJV-Landesverband Niedersachsen
Betr.: Soziale Situation der freien Journalistinnen und Journalisten – KSK und freiwillige Arbeitslosenversicherung
Beschluss: Annahme

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, Initiativen zu entwickeln, die den Druck auf den Gesetzgeber erhöhen, eine neuerliche Reform der freiwilligen Arbeitslosenversicherung in Angriff zu nehmen. In diesem Kontext ist auch eine werbende Unterstützung für Bestand und Fortentwicklung der Künstlersozialkasse zu organisieren.

Antrag: E 10
Antragsteller: DJV-Landesverband NRW
Betr.: Keine Änderung der Steuergesetzgebung auf Kosten von freien Journalistinnen und Journalisten
Beschluss: Annahme

Der Verbandstag des DJV fordert den Bundesvorstand dazu auf, in der politischen Diskussion um Änderungen der Steuer-Gesetzgebung nachhaltig die Interessen Freier Journalisten/innen zu vertreten. Insbesondere ist eine Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes auf journalistische Leistungen sowie eine Einbeziehung dieser Berufsgruppe in die Gewerbesteuerpflicht nicht akzeptabel.

Antrag: E 11
Antragsteller: Fachausschuss Freie
Betr.: Berücksichtigung hauptberuflich freier Journalisten
Beschluss: Annahme

Bei Abnahme von Text- und Fotobeiträgen externer Mitarbeiter sollen die Redaktionen, um die Qualität zu sichern, in erster Linie hauptberuflich freie Journalisten berücksichtigen.
Änderungsantrag: 1 zu E 13
Antragsteller: AG Freie

Betr.: **Fördermittelberatung durch den DJV**
Beschluss: **Annahme**

Der DJV erweitert sein bestehendes Beratungsangebot für Fördermittel zur Existenzgründung und -sicherung.

F – AUS- UND WEITERBILDUNG

Antrag: **F 1**
Antragsteller: **DJV-Bundesvorstand**
Betr.: **Aus- und Weiterbildung**
Beschluss: **Annahme**

Der DJV baut seine Kompetenz als gefragter Gesprächspartner in Fragen journalistischer Aus- und Weiterbildung sowie wissenschaftlicher Diskussion aus, indem er

- die journalistischen Aus- und Weiterbildungsangebote koordinierend unterstützt;
- die Entwicklung neuer Angebote und Curricula vor dem Hintergrund veränderter journalistischer Arbeitsbedingungen kritisch begleitet;
- den Austausch mit Wissenschaft und Aus-/Weiterbildung pflegt, z. B. durch die regelmäßige DJV-Expertenkonferenz in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPuK);
- durch Veranstaltungen auf Bundesebene ein Forum für den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis bietet;
- sich den Studierenden und dem Berufsnachwuchs gegenüber verstärkt als kompetenter und verlässlicher Ansprechpartner anbietet (z. B. durch Berufsberatung, über die Praktika-Offensive und durch gesteigerte Präsenz an den Hochschulen);
- seinen Beitrag zur Förderung journalistischer Qualität, z. B. als Vorreiter in der Initiative Qualität (IQ), stärker in die (Fach-)Öffentlichkeit vermittelt;
- Forschungsprojekte anregt und deren Ergebnisse publiziert.

Änderungsantrag: **1 zu F 2**
Antragsteller: **DJV-Landesverband Thüringen**
Betr.: **Zukunft der journalistisch geprägten Medien**
Beschluss: **Annahme**

Der DJV-Verbandstag fordert den DJV-Bundesvorstand auf, in den existierenden Gremien (FA, AG) eine Grundsatzdiskussion über die Zukunft der journalistisch geprägten Medien anzustoßen, insbesondere über den Medienwandel unter dem Einfluss des Internets. Dazu sollen vorhandene Diskussionspapiere und Erkenntnisse, u. a. „DJV 2010/2015“ (DJV-BV) und „Zur Qualitätsdiskussion im Onlinejournalismus“ (von Mayer, Poppitz, Schaller 2010) herangezogen werden.
Das Ziel der Diskussion besteht darin, Erfahrungen und Wissen zu bündeln sowie Handlungsvorschläge und Empfehlungen für die Kolleginnen und Kollegen aller Medien zur journalistischen Zukunftssicherung zu erarbeiten.

Antrag: **F 3**
Antragsteller: **DJV-Landesverband Baden-Württemberg**
Betr.: **Crossmediale / Online Ausbildung**
Beschluss: **Annahme**

Der Deutsche Journalisten-Verband fordert eine systematische crossmediale/Online-Ausbildung für Volontärinnen und Volontäre in Zeitungen und Zeitschriften, die sie befähigt, auf der Grundlage von Art. 5 GG an der Erfüllung der öffentlichen Funktion einer freien Presse mitzuwirken. Dazu gehören auch die Online-Produkte der Zeitungen und Zeitschriften mit ihren eigenen Darstellungsformen, Programm- und eigenen Designstrukturen sowie deren technische Herstellung. Der DJV wirkt auf die Verlegerverbände ein, dass die entsprechenden Regelungen im Tarifvertrag über das

Redaktionsvolontariat bei Tageszeitungen und bei Zeitschriften ergänzt werden, die sich grundsätzlich als Regelung zur Qualifizierung der Journalisten und Qualifizierung der Printprodukte bewährt haben.

Antrag: **F 4**
Antragsteller: **Fachausschuss Rundfunk**
Betr.: **Medienübergreifendes Arbeiten**
Beschluss: **Annahme**

Der Deutsche Journalisten-Verband fordert alle Medienveranstalter auf, journalistische Leistungen in crossmedialen Produkten entsprechend der jeweils geltenden Tarifverträge zu vergüten. Wo es noch keine tarifliche Regelung gibt, sind vom DJV unverzüglich Verhandlungen darüber aufzunehmen.

Antrag: **F 7**
Antragsteller: **Fachausschuss Junge Journalistinnen und Journalisten**
Betr.: **Modelle zur Planungssicherheit für Journalisten in modernen Arbeitsverhältnissen und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf**
Beschluss: **Überweisung an den Bundesvorstand**

Der Fachausschuss Junge Journalisten im DJV (FA3J) fordert den DJV als führenden Berufsverband auf, Modelle zu entwickeln, die es Journalisten erlauben, Familie und Beruf zu vereinbaren, und die zugleich Planungssicherheit auch in den modernen, extrem flexiblen Beschäftigungsformen vieler Journalisten schaffen.

G - INNERVERBANDLICHES

Antrag: **G 1**
Antragsteller: **DJV-Bundesvorstand**
Betr.: **Organisationsstruktur**
Beschluss: **Überweisung an den Bundesvorstand / Antragsvorschlag für VT 2011**

Die Ziele des DJV sind:
- alle Mitglieder noch effektiver unterstützen zu können;
- neue Mitglieder zu gewinnen;
- die Abläufe noch effizienter gestalten zu können.

Dazu setzen der DJV und seine Landesverbände folgenden Vorgaben um:

1. Im Mittelpunkt der DJV-Arbeit steht das Mitglied.
   - Der DJV erarbeitet ein für alle Landesverbände verwendbares Konzept zur Werbung von Mitgliedern und zu ihrer Motivierung für ehrenamtliche Funktionen.
   - Der DJV öffnet seine Gremienarbeit und Veranstaltungen vor allem auf örtlicher Ebene für (Noch-)Nichtmitglieder.
   - Bei Veranstaltungen/-Serviceleistungen des DJV erhalten Mitglieder deutliche Vergünstigungen gegenüber Nichtmitgliedern.
   - Der DJV verstärkt seine Transparenz durch regelmäßige Mitgliederinformationen und Diskussionsforen im Internet.
   - Insbesondere ehrenamtliche Funktionsträger/innen auf allen regionalen Ebenen werden frühzeitig in die aktuelle Entscheidungsfindung eingebunden.
   - Zur Unterstützung von Transparenz, Mitgliedernähe, Austausch, Einbindung und Dialog renoviert und erweitert der DJV seinen Internetauftritt um eine digitale Community für Mitglieder und die Branche.
   - Der DJV nutzt verstärkt die fachliche Spezialisierung einzelner Mitglieder für seine Arbeit und wirbt diese Mitglieder gezielt für ehrenamtliche Funktionen, auch jenseits der Gremienstruktur.
   - Der DJV unterhält zu diesen Zwecken eine gemeinsame Mitgliederdatei mit genau definierten Zugriffsrechten.

- Der DJV und seine Landesverbände sind vor allem dort persönlich und durch Informationen präsent, wo junge Journalistinnen und Journalisten ausgebildet und geschult werden.
- Die DJV-Landesverbände prüfen ihre Leistungen in der Mitgliederpflege und bauen ein organisiertes, internetgestütztes Beschwerdemanagement auf.

2. Ziel: Jedes Mitglied erhält gleiche Leistungen und hat die gleichen Pflichten.
   - Der DJV und seine Landesverbände sorgen dafür, dass die Mitglieder unabhängig von ihrer regionalen Zugehörigkeit bei gleichen (Beitrags-) Pflichten gleiche Leistungen in Anspruch nehmen können.
   - Die Kooperation zwischen Bund und Landesverbänden sowie zwischen den Landesverbänden wird enger und systematischer. Die Landesgeschäftsstellen nutzen modellhafte Formen der Kooperation und Synergie. Dies kann in Einzelfällen zur Fusion von Landesgeschäftsstellen führen.
   - Der DJV als Dachverband bietet verstärkt Serviceleistungen für Landesverbände an. Der finanzielle Aufwand für die Landesverbände wird durch das zentrale Angebot gemindert.
   - Der DJV und seine Landesverbände präsentieren sich in der Öffentlichkeit auch optisch als Einheit.

3. Der DJV reformiert die Organisation seiner Sacharbeit mit Blick auf die neuen Anforderungen der Berufs- und Medienwelt.
   - Der DJV organisiert seine Arbeit verstärkt in Projektgruppen aus Fachausschuss-Vertretern und Experten von innen und außen.
   - Angesichts der mehrmedialen Arbeitsweisen in den Redaktionen stehen die bisherigen Fachausschussstrukturen auf dem Prüfstand mit dem Ziel, die Zahl der Fachausschüsse zu reduzieren.
   - Der DJV stellt sich – unabhängig von aktuellen Problemlösungen – möglichst in jedem Jahr ein Schwerpunktthema, das inhaltlich von allen Gremien – Projektgruppen, Fachausschüssen, Gesamtvorstand – und auf allen regionalen Ebenen bearbeitet wird. Der DJV-Verbandstag fasst die Ergebnisse in Diskussionen und Beschlüssen zusammen und beschließt das Thema des kommenden Jahres.
   - Der DJV achtet auf Nachhaltigkeit seiner Diskussionen und Beschlüsse. Veranstaltungen des DJV werden ausführlich dokumentiert. Der Bundesvorstand befasst sich mit den Ergebnissen und erteilt bei Bedarf daraus resultierende Arbeitsaufträge an Fachausschüsse oder Projektgruppen.
   - Der finanzielle Ausgleich für den Aufwand der Gremienmitglieder ist mit Blick auf die Finanzlage des DJV und die Gleichbehandlung seiner Funktionsträger/innen zu prüfen.
   - Die Arbeitsabläufe und -struktur im hauptamtlichen Bereich (Bundesgeschäftsstelle und Landesgeschäftsstellen) werden überprüft und den inhaltlichen Anforderungen entsprechend neu organisiert.

4. Der DJV konzentriert seine internationale Arbeit auf die EJF und auf die Zusammenarbeit mit journalistischen Hilfsorganisationen, ohne auf die Mitgliedschaft in der IJF zu verzichten. Der DJV intensiviert zugleich die Kontakte zu Mitgliedern und Nichtmitgliedern im Verein der Auslandspresse und in der Deutschen Welle.

5. Der DJV prüft die Struktur, die Angebotspalette und das Marketing der V&S in Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern und entwirft neue Erlösmodelle. Der V&S-Mitgliederservice muss innerhalb der Organisation bekannter gemacht werden.
   Der DJV als Dachverband begleitet und fördert die Umsetzung dieser Ziele durch die Schulung von Mitarbeiter/innen und Funktions-träger/innen.

Änderungsantrag: **1 zu G 1**
Antragsteller: **DJV-Landesverband Thüringen**
Betr.: **Organisationsstruktur**
Beschluss: **Überweisung an den Bundesvorstand**

Die Stärke des Deutschen Journalisten-Verbandes besteht in seiner föderalen Struktur, der Interessenvertretung von hauptberuflich fest und freiberuflich tätigen Journalistinnen und Journalisten sowie im ehrenamtlichen Engagement der Mitglieder. Diese Stärken sollen unter den sich ändernden Bedingungen der Arbeitswelt erhalten, modifiziert und ausgebaut werden. Das stellt den DJV und die Landesverbände vor folgende Aufgaben.

1. Mehr Präsenz und Kommunikation vor Ort und im Internet
In den Betrieben werben DJV-Mitglieder aktiv für die Mitgliedschaft in Gewerkschaft und Berufsverband. Begleitend dazu werden die Serviceleistungen und Vorzugsangebote weiter entwickelt.
Informationen und Diskussionsforen, abgestimmt zwischen Bundesverband und Landesverbänden, greifen aktuelle Entwicklungen auf, bieten praktische Hilfen für den Berufsalltag und Erfahrungen bei der Interessenvertretung. Wichtig für die Mitgliedschaft und deren Einbindung in die Diskussion ist die Darstellung von Prozessen und Ergebnissen.
Der zu überarbeitende Internetauftritt des DJV soll mehr Transparenz und Mitgliedernähe schaffen, die Mitglieder in Entscheidungsprozesse einbinden und den Dialog fördern.

Im Zusammenwirken mit den Landesverbänden sind deren Onlineangebote in das Gesamtkommunikationskonzept einzubinden und als spezifisch regionale Kommunikationsplattform auszubauen.
Die Landesverbände stellen dem DJV zu diesen Zwecken die notwendigen Daten für die Kommunikation mit der Mitgliedschaft zur Verfügung.
Der DJV und seine Landesverbände sind vor allem dort persönlich und durch Informationen präsent, wo junge Journalistinnen und Journalisten aus- und weitergebildet werden.
Der DJV nutzt verstärkt die fachliche Spezialisierung einzelner Mitglieder für seine Arbeit und wirbt diese Mitglieder gezielt für ehrenamtliche Mitarbeit, auch jenseits der Gremienstruktur.

2. Gleiche Leistungen und gleiche Pflichten
Die Aufgabenverteilung zwischen Bundesverband und den Landesverbänden wird mit dem Ziel neu geordnet, die vorhandenen fachlichen, finanziellen und personellen Ressourcen für eine effizientere Interessenvertretung einzusetzen.
Die Kooperation zwischen den Landesverbänden und die Zusammenarbeit mit dem Bundesverband zur Lösung gemeinsamer und regional spezifischer Aufgaben wird enger und systematischer gestaltet.
Die Landesverbände übernehmen die empfohlene Beitragsordnung.

3. Ehrenamt und die Organisation der Sacharbeit
Ehrenamtlich im DJV und in den Landesverbänden tätige Mitglieder sind auch Motivatoren mit Spaß an der Arbeit. Für die Ausübung des Ehrenamts unerlässlich sind Argumentationsfähigkeit, solides Zeitmanagement, Führungsqualitäten.
Der finanzielle Ausgleich für den Aufwand von Gremienmitgliedern ist zu prüfen.
Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Bundes- und der Landesgeschäftsstellen bündeln Informationen, Wissen und Erfahrungen für die Arbeit der Gremien, Arbeits- und Projektgruppen. Sie organisieren und koordinieren Arbeitsaufträge.
Entscheidend für eine wirksame Interessenvertretung ist die Arbeit in den Betriebs-, Personal- und Sprecherräten. Durch Schulungen werden Mitglieder auf die Ämter vorbereitet. Ergänzend zu den elektronischen Informationsmöglichkeiten schafft der DJV zusammen mit den Landesverbänden ein Netzwerk von Vertrauensleuten in den Lokalredaktionen, Ressorts und zentralen Produktionsstrukturen.
Der DJV stellt sich – unabhängig von aktuellen Problemlösungen – möglichst in jedem Jahr ein Schwerpunktthema, das inhaltlich von den Gremien – Projektgruppen, Fachausschüssen, Gesamtvorstand – und auf allen regionalen Ebenen bearbeitet wird. Der DJV-Verbandstag fasst die Ergebnisse in Diskussionen und Beschlüssen zusammen und beschließt das Thema des kommenden Jahres.
Der DJV organisiert seine Arbeit verstärkt in Projektgruppen aus Fachausschuss-Vertretern und Experten von innen und außen und prüft die Fachausschussstruktur mit dem Ziel, die Zahl der

Ausschüsse zu reduzieren
Die Ergebnisse von Veranstaltungen des DJV und der Landesverbände werden einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht und dienen bei Bedarf als Grundlage für weitere Arbeitsaufträge an Fachausschüsse oder Projektgruppen.

4. Zusammenarbeit mit Verbänden/Institutionen
Der DJV konzentriert seine internationale Arbeit auf die EJF und auf die Zusammenarbeit mit journalistischen Hilfsorganisationen, ohne auf die Mitgliedschaft in der IJF zu verzichten. Der DJV intensiviert zugleich die Kontakte zu Mitgliedern und Nichtmitgliedern im Verein der Auslandspresse und in der Deutschen Welle.

RESOLUTIONEN

Änderungsantrag: **1 zu R 1**
Antragsteller: **DJV-Landesverband Thüringen**
Betr.: **Resolution des Deutschen Journalisten-Verbandes zur Krise der Medien („Essener Erklärung“)**
Beschluss: **Annahme**

„Unabhängiger Journalismus findet keinen Nährboden, wenn diejenigen, die ihn ausüben sollen, unter prekären Einkommensverhältnissen leben müssen.“ (Aidan White, Generalsekretär der IFJ).
Freie Informationen für die Bürger sind Eckpfeiler unserer repräsentativen Demokratie. Sie setzen einen Journalismus voraus, der offen, kritisch, unabhängig und plural ist. Die Mechanismen des Marktes können dies allein nicht garantieren. Das gilt umso mehr, als die Medien heute unter dem Einfluss von Globalisierung und technischen Innovationen einem rasanten Wandel unterworfen sind. Dieser schafft neue Chancen, in gleichem Maße aber auch Bedrohungen für die gesellschaftspolitischen Aufgaben der Medien.

Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) appelliert daher an den jeweiligen Gesetzgeber, Rahmenbedingungen auf nationaler und internationaler Ebene zu schaffen, die sicherstellen, dass die Ausübung der Pressefreiheit nicht länger von den Ausschlägen der Konjunktur, noch von den Renditevorgaben der Unternehmen abhängt.

1. Medienpolitik
Die Neuorganisationen von Redaktionen und titelübergreifende Kooperationen führen zur Ausdünnung des publizistischen Gesamtangebots und unterscheiden sich deshalb nicht von Zeitungsfusionen in der Vergangenheit. Journalistische Leistungen werden möglichst oft genutzt, um Kosten zu sparen. Die Konsequenz daraus ist ein Vielfaltsverlust. Der hohe Konzentrationsgrad der Medien in Deutschland und die mangelnde Bereitschaft der Konzerne, die redaktionelle Vielfalt im eigenen Haus zu erhalten, erfordern Maßnahmen der Politik zur Wiederbelebung der Vielfalt.

2. Nein zur Erosion des geistigen Eigentums
Der DJV fordert den zuständigen Gesetzgeber auf, dafür zu sorgen, dass die wirtschaftliche Übermacht der Verwerterseite nicht länger die Ausübung der Urheberrechte erschwert oder unmöglich macht. Das Urheberrecht muss die Kreativen und nicht die Vermarkter schützen. Gerade auch in digitalen Netzen muss gelten, dass jede Nutzung eine angemessene Vergütung voraussetzt. Die Schranken des Urheberrechtes dürfen nicht weiter zu Gunsten von Anbietern wie Google und Co. verschoben werden.

3. Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gewährleisten
Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten tragen eine besondere Verantwortung dafür, dass die Bürger über die politischen Entscheidungen und Gestaltungsprozesse unterrichtet werden. Sie müssen auch künftig an allen publizistisch relevanten Entwicklungen, insbesondere vor dem Hintergrund der technischen Konvergenz von Radio, Fernsehen und Internet, zeitnah und unmittelbar teilhaben können. Das darf durch die europäische Gesetzgebung und eine Neugestaltung der Medienabgabe nicht in Frage gestellt werden. Gebührenfinanzierter Rundfunk steht für einen professionellen

Journalismus, der sorgfältige Recherche, Seriosität, unabhängige Standpunkte und Fairness beinhaltet. Qualität bedeutet, Vielfalt und Bandbreite gesellschaftlicher Wertvorstellungen sowie Interessenlagen im Für und Wider in allen Programmgenres und zugeschnitten auf die zur Verfügung stehenden Verbreitungs- und Verteilplattformen widerzuspiegeln.

4. Soziale Netzwerke können Journalismus nicht ersetzen
Der DJV steht der Entwicklung einer Vielzahl von neuen digitalen Medienformen positiv gegenüber. Soziale Netzwerke und Blogs schaffen neue Formen der Öffentlichkeit und neue Möglichkeiten der Meinungsäußerungen. Sie können aber professionellen Journalismus nicht ersetzen.

Resolution: R 2
Antragsteller: Journalistenverband Berlin-Brandenburg JVBB
Betr.: Ethikrat in Georgien
Beschluss: Annahme in folgender Fassung

In vielen Ländern weltweit sinken die Möglichkeiten und die Bereitschaft, frei und kritisch zu berichten. Zu den Gründen zählen Repressionen durch Regierungen, wirtschaftliche Abhängigkeiten sowie mangelnde Professionalität der Journalisten.
Dies ist auch in Georgien der Fall. Abschreckendes Beispiel war eine gefälschte Live-Sendung in dem Fernsehsender Imedi TV über einen angeblichen erneuten Einmarsch der russischen Armee in Georgien im Frühjahr 2010.
Der DJV begrüßt die Initiative georgischer Kollegen, die einen unabhängigen Ethikrat ins Leben gerufen haben und sich für berufsethische Standards in ihrem Land einsetzen.
Der DJV wird diese Initiative hilfreich begleiten und unterstützen.

Resolution: R 3
Antragsteller: Journalistenverband Berlin-Brandenburg JVBB
Betr.: Presspoints und Statements
Beschluss: Annahme in folgender Fassung

Immer häufiger werden Journalisten im Rahmen so genannter „Presspoints“ mit unzureichenden, vorgefertigten Statements abgespeist, ohne dass es die Möglichkeit zu weitergehenden kritischen Nachfragen gibt. Diese Entwicklung degradiert Journalisten zu Spediteuren von PR-Statements und gefährdet die für eine offene, demokratische Gesellschaft nötige politische Kommunikation.
Der DJV fordert die Vertreter aller demokratischen Institutionen, der Wirtschaft und der Gesellschaft auf, zu einer umfassenden Information der Öffentlichkeit zurückzukehren. Unabhängige, kritische An- und Nachfragen von Journalisten müssen in einer pluralistischen und offenen Gesellschaft grundsätzlich zugelassen und auch beantwortet werden.

Resolution: R 4
Antragsteller: DJV-Landesverband Sachsen
Betr.: „Dresdner Journalistenprozess“
Beschluss: Annahme

Der Bundesverbandstag sieht im Urteil beim „Dresdner Journalistenprozess“ einen gefährlichen Angriff auf die Pressefreiheit und die Meinungsfreiheit generell. Das Amtsgericht Dresden hat eine auf der Hand liegende Frage, die zudem keine Antwort suggeriert, zur ehrverletzenden Tatsachenbehauptung umgedeutet. Das Urteil liefert keinerlei nachvollziehbare Begründung hierfür. Gerade komplexe Sachverhalte wie der so genannte „Sachsensumpf“ verlangen, dass Journalisten im öffentlichen Interesse auch das Handeln von Behörden kritisch hinterfragen.
Der Bundesverbandstag bekundet seinen Kollegen Thomas Datt und Arndt Ginzel volle Solidarität. Der Untersuchungsausschuss des Landtags in Sachen „Sachsensumpf“ wird aufgefordert, dem Vorgehen der sächsischen Justiz beim „Dresdner Journalistenprozesses“ gebührende Aufmerksamkeit zu widmen. Den Hinweisen zahlreicher Medien, wonach sich auch Regierungsstellen in das Verfahren eingemischt haben sollen, muss nachgegangen werden.
Der Bundesverbandstag erwartet, dass die angerufene zweite Instanz zu einer anderen Bewertung der

Rechtslage kommt.

Resolution: R 5
Antragsteller: FA Junge Journalistinnen und Journalisten
Betr.: Verhandlungen zum Flächentarifvertrag der Tageszeitungen
Beschluss: Annahme

Mit Sorge beobachtet der DJV den Verlauf der aktuellen Tarifverhandlungen, insbesondere die Forderungen des BDZV, die in der jüngsten Verhandlungsrunde zum Gehaltstarifvertrag Tageszeitungen am 26.Oktober 2010 konkret genannt wurden.
Wir fordern den BDZV auf, davon abzusehen, Abstriche zu machen: Die Zukunftsperspektiven und die finanzielle Absicherung der künftigen Berufseinsteiger dürfen nicht gefährdet werden. Das gilt im Hinblick auf die vorgeschlagenen längeren Arbeitszeiten, weniger Gehalt, weniger Berufsjahresstufen, weniger Urlaub und eine schlechtere Altersversorgung.
Der Verbandstag appelliert an den BDZV, Berufseinsteiger mit angemessenem Entgelt und zu verträglichen Arbeitsbedingungen einzustellen.
Wie bereits in der Tarifinfo vom 28. Oktober 2010 ausgeführt, hat der DJV besonders bezüglich der Perspektive junger Kolleginnen und Kollegen Vorbehalte: „Wenn Jungredakteure künftig deutlich schlechter bezahlt werden sollen, wird der Journalistenberuf für die Besten aus dem Akademikernachwuchs nicht mehr attraktiv sein.“ Darunter wird auch die Qualität des Journalismus und der Medien leiden. Den Verlegern muss deutlich signalisiert werden, dass sie sich mit derartigen Sparmaßnahmen selbst ein Bein stellen und ihre Betriebe durch den fortschreitenden Qualitätsverlust ihrer Blätter kaputt wirtschaften.

Resolution: R 6
Antragsteller: Journalistenverband Berlin-Brandenburg und Fachausschuss Europa
Betr.: Übergriffe auf russische Journalistinnen und Journalisten
Beschluss: Annahme

Der Verbandstag verurteilt auf das Schärfste die jüngsten Überfälle auf russische Journalisten. Der Verbandstag fordert eine zügige Aufklärung der Übergriffe auf kritische Journalisten. Die Regierung der russischen Föderation muss endlich die Rahmenbedingungen für einen freien und kritischen Journalismus garantieren. Der Verbandstag fordert darüber hinaus den Europarat auf, dafür Sorge zu tragen, dass Russland als Mitglied die von ihm unterzeichneten Verträge und Abkommen auch einhält. Sollte Russland dazu nicht in der Lage sein, sind entsprechende Sanktionen zu verhängen.

Resolution: R 7
Antragsteller: Landesverband NRW
Betr.: Vergütungsregeln
Beschluss: Annahme

Im Rahmen der Umsetzung der gemeinsamen Vergütungsregeln versuchen Verlage derzeit massiv, festangestellte und freiberuflich tätige Journalisten gegeneinander auszuspielen.

Der DJV-Verbandstag fordert daher die Manager in den Verlagen auf, sich an geltendes Recht zu halten und die Honoraretats an die gemeinsam vereinbarten Vergütungsregeln anzupassen.

Die festangestellten Kolleginnen und Kollegen an Tageszeitungen sind aufgefordert, sich gemeinsam mit ihren freien Kollegen für die Umsetzung der Vergütungsregeln einzusetzen. Dumpinghonorare für freie Journalisten gefährden auf Dauer Arbeitsplätze in den Redaktionen.

Resolution: R 8
Antragsteller: DJV-Landesverband Sachsen-Anhalt
Betr.: Magdeburger Volksstimme
Beschluss: Annahme

Der Bundesverbandstag fordert die Chefredaktion der Magdeburger Volksstimme, die Geschäftsführung aller mit der Herstellung der Magdeburger Volksstimme befassten Firmen und den Verleger Heinz Bauer in Hamburg auf, es zu unterlassen und zu unterbinden, Redakteurinnen und Redakteure mit der Erklärung, es müssten strukturelle Änderungen erfolgen, dazu zu veranlassen, durch Aufhebungsverträge ihre bestehenden Arbeitsverträge aufzugeben, um zu schlechteren vertraglichen Bedingungen als angestellte Redakteure oder in fester freier Mitarbeit ihre Arbeit für die Zeitung fortzusetzen.

Es ist mehrfach zu so genannten Personalgesprächen gekommen, die die Beseitigung der bestehenden, an die in der ganzen Branche üblichen tarifvertraglichen Arbeitsbedingungen angelehnten Arbeitsverträge zum Inhalt hatten. Hierzu werden Mitarbeiter in Einzelgespräche geladen und die in Aussicht gestellte Kündigung ist in einem Falle, in dem die Kollegin nicht gleich unterschreiben mochte, auch ausgesprochen worden.

Inzwischen geht die Arbeit an der Zeitung weiter wie zuvor, es sind keine Blattteile weniger geworden und damit betriebliche Gründe für das Vorgehen des Verlegers nicht ersichtlich.
Ein solches Vorgehen ist umso mehr zu verurteilen, als der DJV-Landesverband Sachsen-Anhalt ohne Vorbedingungen tarifliche Verhandlungen mit dem Ziel eines Haustarifvertrags angeboten hat. Auf besondere betriebliche Belange kann dabei eingegangen werden, wenn sie nachvollziehbar dargelegt werden. Indessen hat die Geschäftsleitung der Magdeburger Verlags-und Druckhaus GmbH aus Tarifverhandlungen rundheraus abgelehnt. Man setzt offensichtlich darauf, im Einzelgespräch Druck auszuüben. Das ist ein Stil, der bisher mit bestimmten Einzelhandelsdiscountern in Verbindung gebracht wird. Er ist für einen Konzern, der mit der Herausgabe einer Tageszeitung auch einem öffentlichen Interesse zu dienen hat, in hohem Maße unwürdig.

Resolution: **R 9**
Antragsteller: **Fachausschuss Rundfunk**
Betr.: **Deutsche Welle**
Beschluss: **Annahme**

Der DJV fordert die Bundesregierung und den Bundestag auf, den Fortbestand der Deutschen Welle als weltweit- und mehrsprachigen öffentlich-rechtlichen Rundfunksender durch ausreichende Finanzausstattung aus Steuermitteln zu gewährleisten.

Der DJV fordert die Geschäftsleitung der Deutschen Welle zur Einhaltung der im DW-Gesetz festgelegten Aufgabe auf, weiterhin mehrsprachigen Rundfunk im Ausland für die Bundesrepublik zu bieten. Ein Abgleiten in eine kaum definierbare multimediale Neuausrichtung gefährdet den programmlichen Auftrag sowie die professionelle journalistische Arbeit des Auslandssenders und letztendlich Arbeitsplätze.

Die kürzlich von der Geschäftsleitung der DW angekündigte Rationalisierung mit avisiertem Personalabbau in dreistelliger Höhe zeigt eine zunehmende Schieflage des Auslandssenders. Dadurch werden hunderte von Arbeitsstellen und Existenzen von langjährigen freien Mitarbeitern, ob Journalisten, technische- und Verwaltungsmitarbeiter/innen, aufs Spiel gesetzt.

Resolution: **R 10**
Antragsteller: **DJV-Bundesvorstand**
Betr.: **Rücktritt von Finanzministeriumssprecher Michael Offer**
Beschluss: **Annahme**

Der Deutsche Journalisten-Verband bedauert den Rücktritt von Schäuble-Pressesprecher Michael Offer. Das Verhalten von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble gegenüber Offer vor einigen Tagen war völlig inakzeptabel. Der DJV-Verbandstag stellt fest: Die Bloßstellung Offers durch Schäuble war nicht nur illoyal, sondern auch empörend. Loyalität darf keine Einbahnstraße sein.

Resolution: **R 11**
Antragsteller: **DJV-Bundesvorstand**
Betr.: **CDU/CSU-Pläne zu einem Ältestenrat**
Beschluss: **Annahme**

Der DJV-Verbandstag verurteilt aktuelle Pläne der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, einen Ältestenrat zu schaffen, der die Evaluation der Medien und die Kontrolle von Radio- und Fernsehsendern zum Ziel haben soll. Kontrolle unter parteipolitischem Einfluss ist mit der gebotenen Staatsferne des Rundfunks nicht vereinbar.

Resolution: **R 12**
Antragsteller: **DJV-Landesverbände Hamburg und Sachsen-Anhalt**
Betr.: **DJV ruft Yvonne Bauer Redaktions KG zu konstruktivem Umgang mit Betriebsräten auf**
Beschluss: **Annahme**

Der DJV-Bundesverbandstag fordert die Verantwortlichen der Yvonne Bauer Redaktions KG auf, zu einem konstruktiven Dialog mit den Betriebsräten zurückzukehren.
Betriebsräte dürfen in der Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Aufgaben nicht durch unberechtigte Abmahnungen oder Kündigungen beeinträchtigt werden.

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

Dringlichkeitsantrag: **1**
Antragsteller: **Fachausschuss Freie**
Betr.: **Bundesweite Veranstaltungen zum Thema Vergütungsregeln**
Beschluss: **Annahme**

Der Verbandstag fordert den Bundesvorstand auf, im ersten Halbjahr 2011 eine bundesweite Veranstaltung für freie und angestellte Journalisten zum Thema Vergütungsregeln durchzuführen.

Dringlichkeitsantrag: **2**
Antragsteller: **DJV-Bundesvorstand**
Betr.: **Tarifeinheit**
Beschluss: **Annahme**

Der DJV-Bundesvorstand wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass der gemeinsame Vorschlag von DGB und BDA oder vergleichbare Vorschläge zur Regelung der Tarifpluralität und darauf bezogener Arbeitskampfregeln nicht gesetzlich verankert werden.

WAHL DJV-MITGLIEDER DEUTSCHER PRESSERAT

Ursula Ernst (LV Bayern)	210 Stimmen
Katrin Saft (LV Sachsen)	183 Stimmen
Heike Rost (LV Rheinland-Pfalz)	182 Stimmen
Dr. Ilka Desgranges (LV Saarland)	176 Stimmen

Jan-Hendrik Lehmann (LV Niedersachsen) 161 Stimmen

Sergej Lochthofen (LV Thüringen) 157 Stimmen

Peter Welchering (LV Baden-Württemberg) 157 Stimmen

Nicht gewählt:

Claudia Bechthold (LV Hessen) 156 Stimmen